



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Ein Verkehrssicherheitsprogramm für Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/4399)

Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit umgehend vorlegen –
Verkehrssicherheitsarbeit noch in dieser Wahlperiode besser aufstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag betont, dass die Ziele der Vision Zero nach wie vor oberste Priorität haben müssen. Er stellt jedoch fest, dass Schleswig-Holsteins Straßen in den vergangenen Jahren nicht sicherer geworden sind. Besonders erschreckend ist die seit mehreren Jahren anhaltende deutliche Steigerung bei der Zahl verunfallter Kinder.

Vor diesem Hintergrund fordert der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung auf, eine dringliche Überarbeitung der Verkehrssicherheitsarbeit vorzunehmen und dem Landtag noch in dieser Wahlperiode ein Verkehrssicherheitsprogramm vorzulegen.

Grundlage dieser Überarbeitung sollen die Ergebnisse der Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit sein, die der Landesregierung seit dem Herbst 2025 vorliegen. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, dem Landtag die Ergebnisse dieser Evaluation unverzüglich vorzustellen.

Das neue Verkehrssicherheitsprogramm soll eine Mischung aus Infrastrukturmaßnahmen, Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen sowie Handlungsempfehlungen für Kommunen darstellen. Auch notwendige rechtliche Rahmenbedingungen des Bundes sollen aufgenommen werden. Soweit dies durch die Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit gestützt wird, sollen die folgenden Punkte Berücksichtigung finden:

- Gerade bei der Überquerung von Landes- und Bundesstraßen innerhalb von Ortschaften gibt es häufig Risiken zwischen querenden Menschen und fließendem Verkehr. Hierfür sollen rechtliche Möglichkeiten genutzt werden, um leichtere Überquerungsmöglichkeiten zu schaffen. Dazu zählt die Errichtung von Ampelschaltungen, Fußgängerüberwegen oder Mittelinseln bzw. Querungshilfen.
- Die Überarbeitung des Schulwegeerlasses muss unverzüglich vorgelegt werden. Während der aktuelle Erlass noch von 2022 ist, sollte die Überarbeitung nun Kommunen u.a. Sicherheit bei der Einrichtung sogenannter Schulstraßen geben.
- Erkenntnisse aus der Verkehrsüberwachung der Polizei, die Sicherheitsdefizite oder Unfallschwerpunkte identifizieren, sollen konsequent in die Infrastrukturplanung einbezogen werden.
- Die Unfallkommissionen leisten eine bedeutende Rolle in der Verkehrssicherheitsarbeit. Ihre Arbeit soll verpflichtender gestaltet werden. Sie sollen durch gezielte Schulungen gestärkt werden, Vorschläge für Entschärfungen von Unfallschwerpunkten vorzunehmen.
- Unfallgefahrenpunkte durch unklare Gestaltungen von Verkehrsführungen oder Regelauslegungen sollen beseitigt werden. Zum Beispiel sind bei straßenbegleitenden Radwegen Ab- und Einbiegesituationen klar zu gestalten.
- Die Anwendung der in § 45 (9) StVO erweiterten Möglichkeiten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen soll unterstützt werden.
- Es wird ein Leitfaden zur Nutzung von S-Pedelecs und E-Bikes erstellt. Dieser wird gezielt an Fahrradverleiher sowie Fahrradhändler in Schleswig-Holstein ausgeteilt. Darüber hinaus soll die Förderung von Fahrtrainings für S-Pedelecs und E-Bikes geprüft werden, um auf die drastisch steigenden Unfallzahlen in diesem Bereich zu reagieren.
- Unfälle mit E-Scootern haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Die Verkehrssicherheitsarbeit soll dies künftig angemessen berücksichtigen.

Begründung:

Die Verkehrsunfallberichte dieser Wahlperiode zeigen, dass die Unfallzahlen sich auf einem hohen Niveau bei rund 90.000 Unfällen pro Jahr stabilisiert haben. Die Zahl der Verletzten und getöteten Menschen liegt nach dem deutlichen Rückgang in der Corona-Zeit wieder bei über 15.000 Verletzten bzw. 94 Getöteten (2025). In den vergangenen beiden Jahren hat sich ein deutlicher Anstieg verletzter Kinder um 3,4 bzw. 9,3 Prozent gezeigt. Eine erschreckend dynamische Entwicklung zeigt sich mit Blick auf S-Pedelecs/ E-Bikes und E-Scooter, in beiden Bereichen hat die Zahl der verunglückten Verkehrsteilnehmer in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, insbesondere auch mit Blick auf Schwerverletzte.

Der Landtag hat die Landesregierung bereits 2020 zur Umsetzung der Radstrategie und damit auch zur Erarbeitung eines neuen Verkehrssicherheitskonzepts aufgefordert. Dieses Verkehrssicherheitskonzept wurde dem Landtag bislang nicht vorgelegt.

Im Frühjahr 2024 hat die Landesregierung in Reaktion auf verschiedene Anträge des Landtags eine sehr zeitnahe Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit angekündigt. Diese Evaluation wurde dem Landtag bislang nicht vorgelegt.

Die gutachterlichen Ergebnisse dieser Evaluation der Verkehrssicherheitsarbeit liegen der Landesregierung Presseberichten zufolge bereits seit Oktober 2025 vor, müssen nach Darstellung der Landesregierung jedoch vor finaler Abnahme im Ministerium und im politischen Raum abgestimmt werden.

Niclas Dürbrook
und Fraktion